

Poststrukturalistische Diskurstheorie und Außenpolitikanalyse. Wie lässt sich Deutschlands wankelmütige Außenpolitik zwischen Afghanistan und Irak verstehen?

Martin Nonhoff und Frank A. Stengel

1. Einleitung

Wenn die Diskursforschung überzeugend demonstrieren will, dass sie im Rahmen der Erforschung von internationalen Beziehungen einen wesentlichen Beitrag leisten kann, so muss sie dies insbesondere dort tun, wo lange Jahre rationalistische, auf die Interessen von Akteuren abhebende Erklärungen vorherrschend waren:¹ in der Untersuchung der Außen- und Sicherheitspolitik. Gerade die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik seit der Wiedervereinigung bildet hier einen guten Prüfstein, denn sie scheint den vermeintlich ehernen Regeln der Politik im anarchischen internationalen System (Duffield 1999) insofern zu widersprechen, als aus der Status- und Machtverschiebung (Deutschland als nun souveräner, bevölkerungs- und ressourcenstärkster Staat Europas) keine grundlegende Änderung der Außenpolitik resultierte. Als Reaktion auf dieses – zumindest aus neorealistischer Sicht – empirische „Puzzle“ hat die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik seit den 1990er Jahren in den Internationalen Beziehungen (IB) vergleichsweise viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen (vgl. Hellmann 2009). Weil die neorealistische, v.a. auf Interessen und Machtressourcen fokussierende Analyse der deutschen Politik keine befriedigenden Erklärungen liefern konnte, überrascht es nicht, dass sich als Alternative vor allem konstruktivistische Ansätze entwickelten, die die Bedeutung dessen betonen, was in den IB oftmals als „ideelle Faktoren“ bezeichnet wird (hierzu Baumann 2006: 43-49). Damit ist das Feld für einen poststrukturalistischen diskursanalytischen Zugriff, wie wir ihn hier vorstellen möchten, schon verhältnismäßig gut vorbereitet. Allerdings weist die konstruktivistische Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auch einige Schwächen

1 Für hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version des Aufsatzes danken wir Rainer Baumann, Johannes Kruse sowie den Herausgeberinnen.

auf, die man unseres Erachtens mit Hilfe einer diskurstheoretischen Fundierung, die sich an der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes orientiert und auch foucaultsche Einflüsse aufnimmt, überwinden kann.

Unter diesen Schwächen besteht unseres Erachtens die gravierendste darin, dass die Dynamik von Wandel nur unzureichend erfasst wird. Darauf, dass das Konzept des ideellen Wandels mit Blick auf die deutsche Außenpolitik unzureichend entwickelt ist, hat schon Rainer Baumann (2006) aufmerksam gemacht. Die die deutsche Außenpolitik beeinflussenden ideellen Faktoren – insbesondere Westbindung, Antimilitarismus und Multilateralismus (überblickshaft Baumann 2011: 468) – werden nämlich als weitgehend stabil angenommen, was die Erklärung von Wandel erschwert. So kommen entsprechende Erklärungsversuche z.B. dann in schwieriges Gewässer, wenn man zwei der bedeutendsten Ereignisse betrachtet, die die jüngere deutsche Außenpolitik berührten: den Afghanistan- und den Irakkrieg. Hier ließe sich nämlich argumentieren, dass die Teilnahme am Afghanistan-Einsatz 2001 im Widerspruch zum deutschen Antimilitarismus steht. Ebenso problematisch erscheint das Verhalten der deutschen Bundesregierung im Vorfeld des Irakkriegs 2003. Hier hatte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder schon relativ frühzeitig, nämlich im Herbst 2002, darauf festgelegt, dass Deutschland sich selbst im Falle eines UN-Mandats nicht an einem Militäreinsatz gegen den Irak beteiligen würde – ein Widerspruch zu Westbindung und Multilateralismus (vgl. Risse 2007: 59). In beiden Fällen verhielt sich also die Bundesregierung nicht so, wie man es hätte erwarten können, wenn Ideen im Sinne der genannten Normen in einem klaren Wirkungsverhältnis zu politischem Handeln stünden. Das bedeutet aber, dass ideelle Faktoren so lange keine überzeugende Erklärung liefern können, wie man im Rahmen einer quasi-positivistischen Erklärungslogik (die durchaus auch viele der konstruktivistischen Schriften prägt, siehe Hellmann 2009: 265f) annimmt, dass Ideen quasi als „unabhängige Variablen“ irgendwie vorgängig und stabil sind.²

2 Die Anführungszeichen sollen deutlich machen, dass konstruktivistische Ansätze zur Erklärung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik selbst zumeist nicht einfach einen gradlinigen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen ideellen Faktoren als unabhängiger und außenpolitischem Verhalten als abhängiger Variable postulieren. Dennoch überwiegt bei diesen Studien die Annahme, dass außenpolitisches Verhalten auf irgendeine Art und Weise (konstitutiv oder kausal) zumindest durch ideelle Faktoren begrenzt wird.

Wir möchten vorschlagen und im Rahmen der hier vorgestellten hegemonietheoretisch informierten Diskursanalyse auch zeigen, dass man die deutsche Außenpolitik besser verstehen kann, wenn man in Ideen keine Erklärungsfaktoren in diesem Sinne sieht, und sei es auch nur dadurch, dass sie Außenpolitik begrenzen.³ Das bedeutet einerseits, dass wir entgegen der Annahme ideeller Stabilität das Argument vertreten, dass Bedeutungskonstruktionen (also das, was aus konstruktivistischer Perspektive meist als Ideen bezeichnet wird) stets instabil und umkämpft sind.⁴ Dies erlaubt es, vermeintlich gegenläufige und widersprüchliche Entwicklungen wie die deutsche Haltung 2001 und 2003 theoretisch zu erfassen. Zweitens verlagert sich durch eine diskurstheoretische Perspektive der Blickwinkel der Analyse. Anstatt (unveränderte) deutsche Außenpolitik als das Ergebnis (konstant gebliebener) Ideen zu erklären (Duffield 1998; Berger 1998) oder die Kompatibilität deutschen Verhaltens mit vorgängigen Ideen (wie etwa Antimilitarismus) abzugleichen (Mauß 2001; 2012), untersucht ein poststrukturalistisch informierter diskursanalytischer Ansatz, wie die Bedeutung von Ideen und politischer Praxis (also der empirischen „Sachverhalte“) in machtdurchdrungenen Auseinandersetzungen immer wieder aufs Neue hergestellt wird. Aus dieser Perspektive entsteht die Kompatibilität bestimmter Außenpolitiken mit ideellen Faktoren immer erst in der diskursiven Auseinandersetzung durch konkrete Artikulation. Genau dieser Prozess steht bei einer Diskursanalyse, wie wir sie hier vorschlagen, im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine Orientierung der Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an der poststrukturalistischen Diskurs-

-
- 3 Ein weiteres wichtiges Problem vieler konstruktivistischer Beiträge, das wir hier aber nicht in angemessener Ausführlichkeit diskutieren können, hängt mit der vorher angesprochenen Tatsache zusammen, dass Ideen immer wieder als Erklärungsfaktoren in einem quasi-positivistischen Sinn verstanden werden. Folgt man dieser Forschungslogik, dann müsste man zeigen können, wie sich Ideen genau auf Akteuerverhalten auswirken. Das berührt die Frage der „Internalisierung“ von Ideen. Eben dieser Prozess jedoch ist empirisch schlecht beobachtbar (hierzu Hanrieder 2011; Krebs/Jackson 2007; Wæver 1990). Wir können also kaum wissen, ob ideelle Faktoren in einem bestimmten Fall tatsächlich handlungsleitend waren. Damit bleibt konstruktivistischen Ansätzen letztlich methodologisch nichts anderes übrig, als, ausgehend von der (ausbleibenden) Korrelation (in-)kompatibler ideeller Faktoren und bestimmter außenpolitischer Handlungen einen kausalen (oder konstitutiven) Zusammenhang zu postulieren, eben weil er sich empirisch nicht zeigen lässt.
- 4 Mit dieser Auffassung sind wir freilich nicht allein: vgl. Bach (1999); Baumann (2006); Baumann/Hellmann (2001); Hellmann (1999); Hellmann et al. (2007); Nabers (2005); Schwab-Trapp (2002; 2007).

theorie, die – gemessen an Theorieentwicklungen in den IB generell seit den späten 1980er Jahren⁵ – längst überfällig ist.

Drei Ziele leiten unseren Beitrag an: Erstens wollen wir natürlich der im Rahmen des vorliegenden Bandes gestellten Aufgabe nachgehen und die Vorgehensweise und Vorteile einer poststrukturalistischen Hegemonieanalyse demonstrieren (vgl. auch Nonhoff 2006; 2007; 2008; 2012). Zweitens soll genau diese Analyse nachzeichnen, wie Diskurse im Allgemeinen und insbesondere der deutsche Regierungsdiskurs im Kontext des Afghanistan- und des Irak-Krieges einerseits von Inkohärenz und Umstrittenheit geprägt sind, dadurch aber andererseits auch ein strategisches Feld bilden. Drittens soll durch den gewählten diskurstheoretischen Zugang ein besseres Verständnis der scheinbar widersprüchlichen deutschen Regierungshaltung 2001 und 2003 erreicht werden. Die exemplarische Analyse wird also angeleitet von der Frage, wie sich die aus konstruktivistischer Sicht widersprüchliche Haltung der deutschen Bundesregierung 2001 und 2003 besser verstehen lässt (ohne ad hoc auf rationalistische Erklärungsfaktoren zurückgreifen zu müssen).

Hierzu gehen wir wie folgt vor. Zunächst demonstrieren wir anhand unseres empirischen Beispiels die aus unserer Sicht fortbestehenden Unzulänglichkeiten der konstruktivistischen Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (Abschnitt 2). Im Anschluss daran liefern wir einen knappen Überblick darüber, wie ein diskurstheoretischer Ansatz diese Defizite der konstruktivistischen Forschung vermeiden kann (Abschnitt 3) und versuchen, seine Vorteile anhand der deutschen Regierungshaltung im (Vorfeld des) Afghanistan- und Irak-Kriegs zu illustrieren (Abschnitt 4). Empirisch beruht dieser Aufsatz auf einer Analyse ausgewählter Regierungserklärungen und Bundestagsreden in der Zeit vom September 2001 bis zum Beginn des Irak-Kriegs im März 2003. Dazu sei angemerkt, dass die empirische Analyse aufgrund des begrenzten Rahmens kürzer ausfällt als eigent-

5 Während nämlich in den IB generell (zumindest außerhalb von Deutschland) poststrukturalistische (Ashley/Walker 1990; Der Derian/Shapiro 1989; Hansen 2006), feministische (Tickner 1988; Peterson 1992) und postkolonialistische (Dunn 2003; Doty 1996; Barkawi/Laffey 2006) Ansätze in den IB sowie solche der *Critical Geopolitics* in der Geografie (Dalby 1994; Ó Tuathail 1996) spätestens seit den frühen 1990er Jahren in theoretischen Abhandlungen und inzwischen zahlreichen empirischen Studien die Bedeutung der diskursiven Konstruktion der internationalen Beziehungen in ihren unterschiedlichen Facetten diskutieren, vermittelt der Großteil der Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik den Eindruck, die Theorieentwicklung in den IB sei kurz nach Wendt stehen geblieben (vgl. aber Zehfuss 2002).

lich erforderlich und damit in erster Linie illustrativen Charakter beansprucht. Der Schlussteil (Abschnitt 5) fasst die Argumentation zusammen und liefert in einem Ausblick mögliche Richtungen für zukünftige Forschung sowie Anknüpfungspunkte an andere Forschungsprogramme.

2. *Konstruktivistische Erklärungen der deutschen Regierungshaltung 2001 und 2003*

Bei konstruktivistischen Studien der internationalen Politik stehen Ideen bzw. ideelle Faktoren im Vordergrund (Harnisch 2003: 331f),⁶ da aus dieser Perspektive, im Gegensatz zu rationalistischen Studien, die Welt als in ihrer Bedeutung sozial konstruiert angenommen wird (inter alia Onuf 1998). Konstruktivistische Studien zur deutschen Außenpolitik haben unterschiedliche Typen von Ideen betont, nämlich Normen und Werte (Baumann 2001), Rollen (Kirste/Maull 1996), Identitäten (Banchoff 1999; Risse 2007) und politische Kulturen (Lantis 2002; Daase/Junk 2012; Berger 1998; Duffield 1998; Göler 2010). Bei aller Unterschiedlichkeit auf der konzeptionellen Ebene heben sie jedoch weitgehend ähnliche Charakteristika oder Merkmale deutscher Außenpolitik hervor, die, so das Argument, durch ideelle Faktoren (im Gegensatz zu einer rein rationalen Nutzenorientierung) zustande kommen (hierzu allgemein Hurd 2010). Diese Charakteristika sind erstens Antimilitarismus, verstanden als eine Zurückhaltung oder Aversion gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel, zweitens Westbindung, die „ideelle und institutionelle Verankerung in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien“, drittens eine handelsstaatliche Orientierung, die die Bedeutung von freiem Welthandel betont, und viertens Multilateralismus, also eine „Abneigung gegen Alleingänge und die Präferenz für kooperatives Handeln gemeinsam mit den Partnern“, vor allem in der NATO und der Europäischen Union (Baumann 2011: 468).

Ideelle Faktoren wirken demnach auf zweierlei Weise: Erstens beeinflussen sie, wie Akteure die Welt wahrnehmen (Konstruktion von Bedeutung), und zweitens bilden sie das normative Grundgerüst, anhand dessen Akteure beurteilen, was als normativ erstrebenswert und angemessen gilt. Sie werden dadurch wirksam, dass Akteure sie – durch Sozialisation oder

6 Wir beschränken uns hier auf kollektive, intersubjektiv geteilte Ideen (Schaber/Ulbert 1994: 140).

Überzeugung (Boekle et al. 2001: 110; Finnemore/Sikkink 1998: 905; Kirste/Maull 1996: 287, 289; Berger 1998: 10) – internalisieren, also sich „zu eigen“ machen (Schimmelfennig 1994: 338). Infolgedessen verhalten sich Akteure dann nicht (mehr) wie rationale Nutzenmaximierer, sondern folgen einer durch die internalisierten ideellen Faktoren bestimmten „Logik der Angemessenheit“ (Risse 2003: 107ff; Boekle/Rittberger/Wagner 2001: 106ff).

In der konstruktivistischen Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik werden ideelle Faktoren oft als konstant angenommen (etwa Duffield 1998). Dies führt mit Blick auf den Afghanistan-Einsatz zu zwei Optionen: Entweder muss die deutsche Teilnahme eine Abweichung vom deutschen Antimilitarismus sein, oder sie ist das Ergebnis eines vorangegangenen ideellen Wandels. Eine etwas abgewandelte Version des ersten Arguments vertritt Hanns Maull, der in der Vergangenheit insbesondere durch seine Studien zu Deutschland als „Zivilmacht“ bekannt geworden ist (etwa Maull 1990). Zwar geht Maull (2007) nicht detailliert auf den Einzelfall Afghanistan ein, bezeichnet ihn jedoch (ebenso wie Kosovo) als Abweichung von den deutschen Kontinuitätslinien (Maull 2006: 433; 2011: 98). Gleichzeitig hält er jedoch insgesamt daran fest, Veränderungen innerhalb der deutschen Außenpolitik seien das Ergebnis eines graduellen – vor dem Hintergrund konstanter ideeller Faktoren zögerlichen – Anpassungsprozesses an veränderte internationale Bedingungen und gestiegene Forderungen seitens der deutschen Alliierten (kritisch hierzu Hellmann 2009: 265). Alles in allem, so Maull, sei deutsche Außenpolitik in den groben Linien nach wie vor konstant (Maull 2004: 19ff; 2006: 427; 2011: 99f; ebenso Berger 2002: 192f).⁷ Auch im Irak-Fall beschränkt sich Maull darauf zu zeigen, dass die auf den ersten Blick radikale Abweichung „bei genauem Hinsehen keine ‚Renationalisierung‘ der deutschen Außenpolitik“, sondern erstens Schröders Wahlkampfinteresse und zweitens der weitreichenden Veränderung amerikanischer Außenpolitik unter George W. Bush geschuldet sei, die mit der deutschen Zivilmachtsrolle nicht vereinbar gewesen sei (Maull 2006: 429; vgl. auch Maull 2007: 82).

Abgesehen davon, dass die Frage, ob soziale Phänomene konstant bleiben oder sich wandeln, immer eine Interpretations- bzw. Ermessensfrage ist (vgl. Hellmann 2009), man also im Prinzip stets argumentieren kann, dass ein

7 Maull (2011: 99) weist zudem darauf hin, Auslandseinsätze seien auch schon in den sechziger Jahren befürwortet worden, also im Prinzip keine neue Entwicklung nach der Wiedervereinigung.

angeblich stattfindender Wandel nur oberflächlich, inkrementell, kurz: nicht radikal, sei (vgl. hierzu schon die detaillierte Kritik von Baumann 2006: 45ff),⁸ führt dieses Argument jedoch lediglich dazu, dass konstruktivistische Ansätze nicht als durch die Empirie „falsifiziert“ angesehen werden müssen. Zur Erklärung der veränderten Politik trägt dies allerdings nichts bei. Denn selbst wenn wir annehmen, dass ideelle Faktoren auch inkohärent und widersprüchlich sein können, wie manche Konstruktivisten argumentieren (Katzenstein 2003: 738; Meiers 2007: 628), und Akteure mehr sind als nur Umsetzungsautomaten, so stellt sich dennoch die Frage, wie man bestimmt, welche ideellen Faktoren wann bindende Wirkung entfalten und wann nicht, sollen sie ihre Erklärungskraft nicht komplett verlieren.

Explizit auf dieses Problem eingehend argumentiert Thomas Risse, dass ideelle Faktoren wie Identität nur dann Erklärungskraft haben, wenn sie weitreichend akzeptiert, also relativ unumstritten, sind. Im Irak-Fall habe jedoch ein Konflikt zwischen verschiedenen Elementen der deutschen Identität – Antimilitarismus und Multilateralismus – vorgelegen, weshalb, so Risse (2007: 59), Identität nicht als Erklärungsfaktor taue. Vielmehr sei die deutsche Haltung in erster Linie Schröders „wahlkampfaktischen Überlegungen“ geschuldet (Risse 2007: 59; Dalgaard-Nielsen 2003: 100f). Abgesehen von der Tatsache, dass der Rückgriff auf das Wiederwahlinteresse als Erklärungsfaktor des utilitaristischen Liberalismus (vgl. Milner 1997) als theoretische Fall-back-Option aus konstruktivistischer Sicht enttäuschen muss, löst Risses Argument das Problem nicht wirklich. Schließlich stellt sich hier sogleich die Anschlussfrage, wieso Schröder mit seiner Taktik des „peace-mongering“ (Dalgaard-Nielsen 2003: 101) Erfolg hatte. Im Gegensatz zu Risses Argument scheint Antimilitarismus auf der Ebene der Gesamtbevölkerung nämlich durchaus eine Rolle gespielt zu haben. Damit befindet sich der Ball aber wieder in der konstruktivistischen Spielfeldhälfte. Was hier klar fehlt, ist ein theoretisches Konzept für die Bedingungen, unter denen bestimmte ideelle Faktoren mehr Gewicht erlangen als andere. Statt also wie Risse theoretisch vor der Empirie zu kapitulieren und den Konstruktivismus für nicht zuständig zu erklären, sollten KonstruktivistInnen lieber an ihrem konzeptionellen Rüstzeug feilen. Wenn man nämlich ad hoc und ex post, quasi je nachdem, was am besten mit der Empirie zusammenpasst, entscheiden kann, ob etwas mit ideellen Faktoren oder unter Rückgriff

8 Dennoch ist der Konstruktivismus mit diesem Problem nicht wirklich allein; schließlich ist es, wie schon Bull (1966: 366f) argumentiert hat, schlicht unmöglich, Forschung ohne das eigene Urteilsvermögen zu betreiben.

auf (vermeintlich) rational-materialistische Erklärungsfaktoren wie Wiederwahlinteresse zu erklären ist, dann leidet die Erklärungskraft aller betroffenen Ansätze – konstruktivistischer wie rationalistischer. Dies kann aus theoretischer Sicht nicht wirklich zufriedenstellen.

Deutlich zielführender argumentiert Thomas Berger, die deutsche Teilnahme am Einsatz in Afghanistan sei dadurch erklärbar, dass lang etablierte anti-militaristische Normen im Rahmen eines Anpassungsprozesses während der 1990er Jahre zunehmend durch Multilateralismus-Normen abgelöst (wenn auch nicht vollkommen ersetzt) worden seien, wodurch die Beteiligung Deutschlands an den Einsätzen im Kosovo 1999 und in Afghanistan ab 2001 erklärbar würden (Berger 2002: 178). Hier wird veränderte Politik also als das Resultat ideellen Wandels verstanden. Diese Argumentation erscheint zunächst einleuchtend, stößt aber schnell an Grenzen, wenn wir den Irak-Fall hinzuziehen: Denn abgesehen davon, dass Berger selbst kein theoretisches Konzept anbietet, wie genau sich der ideelle Wandel hin zu einer stärkeren Betonung von Multilateralismus vollzogen hat, zeichnet er trotz der Betonung einer fortbestehenden Ambivalenz gegenüber Militäreinsätzen ein Bild, das eine unidirektionale, lineare Entwicklung nahelegt, die spätestens mit Schröders kompromisslosem Nein zum Irak-Krieg selbst im Falle eines UN-Mandats im Jahre 2002 zweifelhaft erscheinen muss. In diesem Fall nämlich müsste sich die politische Kultur wieder zurück gewandelt haben.

Das Grundproblem dieser Forschungen besteht also darin, dass sie sich Ideen entweder als konstant oder als sich linear wandelnd vorstellen. Eng verbunden damit ist die nicht minder problematische Annahme, dass Ideen irgendwie vorgängig und außerhalb der Praxis, in der sie geäußert werden, existieren. Beide Probleme kann ein diskurstheoretisch informierter Zugang insofern vermeiden, als er das Augenmerk auf die diskursiven Auseinandersetzungen selbst lenkt. In diesen Auseinandersetzungen, die stets in ein strategisches, machtdurchwebtes Feld eingelassen sind, wird die Bedeutung von Ideen, Normen und entsprechenden Praxen als sozial und politisch relevante Bedeutung immer aufs Neue hergestellt. Ob ein Militäreinsatz etwa kompatibel ist mit einer antimilitaristischen politischen Kultur, ergibt sich daraus, wie dieser konkrete Militäreinsatz innerhalb eines spezifischen diskursiven Kontexts artikuliert wird (beispielsweise etwa als Einsatz zur Vertretung nationaler Interessen oder als Nothilfe für eine von Genozid bedrohte Zivilbevölkerung).

3. Vorteile eines diskurstheoretischen Zugangs

Wenn wir nun im Folgenden dafür argumentieren, dass im Angesicht der Probleme des Konstruktivismus eine diskurstheoretische und -analytische Perspektive weiterführen kann, so vor allem aus vier Gründen: Erstens kann eine diskursanalytische Herangehensweise die im vorangehenden Abschnitt angedeuteten methodologischen Probleme vermeiden. Sie differenziert nicht zwischen vorgängigen Ideen und nachgängigem Handeln und versucht damit auch nicht, in Ideen Erklärungsfaktoren zu sehen. Sie will „nicht [...] vom Text zum Denken, vom Geschwätz zum Schweigen, vom Äußeren zum Inneren“ (Foucault 1997 [1969]: 111), sondern bleibt auf der Oberfläche des Diskurses und analysiert das Wie der diskursiven Verhältnisse und Distributionen. Sie fragt, in anderen Worten, danach, wie in Diskursen aktuell relevante Sinnverhältnisse hergestellt werden. Dies verweist zweitens auf die Standardannahme von Diskursanalysen, dass Diskurse ihre Gegenstände nicht beschreiben, sondern sie mit hervorbringen (vgl. auch Methmann in diesem Band). Hieraus folgt drittens, dass die Diskursanalyse anders als verschiedene Positionen im Konstruktivismus nicht davon ausgeht, dass Konstellationen sozialen Sinns – und Normen sind als solche zu verstehen – eine quasi-natürliche Autorität haben können, und entsprechend verweigert sie sich einer überhöhten Stabilitätsannahme. Viertens bedeutet dies aber, dass wir es, wenn es um die Frage der normativen Unterfütterung von Außenpolitik geht, oft mit einem komplexen Feld strategisch geführter Konflikte zu tun haben, in dem historisch stabile normative Orientierungen zwar eine Rolle spielen. Da sie aber als solche nie völlig fixiert sind, sind sie zum einen situativ ausdeutbar und können zum anderen Gegenstand politischer Konflikte werden, d.h. ihre relevante Ausprägung ist ein Resultat der jeweiligen Kräfteverhältnisse.

Diese vier Aspekte diskutieren wir in den folgenden diskurstheoretischen Ausführungen in drei Schritten, die sich konzentrieren auf die Fragen der Produktivität und der Unabgeschlossenheit von Diskursen (3.1), ihre Umkämpftheit und ihren agonal beförderten Wandel (3.2) sowie auf die Fragen von Agency und Kontext (3.3).

3.1. Produktivität und Unabgeschlossenheit von Diskursen⁹

Wenn wir von Diskursen reden, so meinen wir damit zunächst sehr allgemein Prozesse, in denen sozialer Sinn generiert wird. Dabei ist aber der Begriff des Sinns nicht dergestalt zu verstehen, dass er prä-existenten Gegenständen, Personen oder Sachverhalten beigemessen würde. Einer der zentralen Wissensbestände der Diskursforschung ist entsprechend die Überlegung Michel Foucaults, dass diskursive Aussagen sich dadurch auszeichnen, dass sie die Gegenstände und Subjekte, über welche sie etwas aussagen, im Moment der Aussage erst als spezifische Gegenstände und Subjekte hervorbringen (Foucault 1997 [1969]: 128ff). Es ist damit von einem *konstitutiven* Charakter von Sprache bzw. von Diskursen auszugehen.¹⁰ Ähnlich wie politische Repräsentanten nie den Willen der Repräsentierten einfach abbilden, sondern sich dieser Wille durch die Äußerung des Repräsentanten erst herstellt (Lacclau 2005: 157ff), konstituieren auch sprachliche „Repräsentationen“ das, was sie zu repräsentieren suchen, immer mit. Die Untersuchung dieser diskursiven Konstruktionen ist deshalb von größtem Interesse, weil sie die Existenzbedingung von bestimmtem Wissen und Handeln darstellen. Ob zum Beispiel Einwanderung überhaupt als Problem gerahmt wird, ob sie wie ein Verbrechen oder wie ein Naturereignis verstanden wird, ob Einwanderer als Arbeitnehmer oder als Sozialleistungsempfänger in Erscheinung treten, all dies wird unterschiedliche Reaktionen auf Seiten des Zielstaats und unterschiedliche Lebensformen für die Einwanderer selbst bedeuten, wie sich aktuell an der Diskussion über potenzielle rumänische Zuwanderer zeigt.

Dementsprechend geht mit der Betrachtung von Außenpolitik aus einer Diskursanalyse-Perspektive auch eine Verschiebung der Fragestellung einher: Untersucht wird nicht primär, warum eine bestimmte Politikoption gewählt wurde, sondern vielmehr, wie manche Politikoptionen durch eine bestimmte diskursive Konstruktion von Wirklichkeit möglich gemacht werden, wie es also kommt, dass sie rational, naheliegend, sinnvoll und teilweise sogar alternativlos erscheinen, während andere als irrational, sinnlos, unangemessen, irreführend oder unverhältnismäßig, ja schlicht undenkbar verworfen werden (Doty 1993: 298). Das Ziel einer solchen Untersuchung ist es also nicht, das Zustandekommen einer bestimmten Policy kausal zu erklären, sondern eher die konkreten Bedingungen zu erforschen, unter denen

9 Dieser Abschnitt greift teilweise auf eine Passage aus Nonhoff (2011: 96ff) zurück. 10 Dementsprechend reagiert ein diskurstheoretischer Ansatz auf die Kritik der „Sprachlosigkeit“ (Zehfuß 1998) konstruktivistischer Ansätze.

bestimmte Gruppen von Policies ernsthaft als Optionen erwogen werden (wie etwa die, auf die Terroranschläge des 11.9. mit Angriffen auf Afghanistan, aber eben auch auf den Irak zu reagieren), während andere gar nicht erst bedacht werden (etwa die, US-Truppen aus islamischen Ländern abziehen, um so al-Qaidas Unterstützerbasis zu schmälern).

Da wir es also bei Diskursen nicht einfach mit der Widerspiegelung eines nicht-diskursiven, irgendwie realen „Außen“ zu tun haben, sondern weil das „Außen“ und der Diskurs gleichzeitig hervorgebracht werden, muss die Diskursanalyse von einer hohen Flexibilität sozialen Sinns ausgehen. Sprachliche Bedeutung ist grundsätzlich von hoher Instabilität gekennzeichnet, auch wenn sie sich, wie wir weiter unten noch ausführen, immer wieder stabilisiert. Die Ursachen der Instabilität liegen sowohl im systematisch-semantischen als auch im pragmatischen Aspekt von Sprache. Unter dem Aspekt der Semantik liegt Bedeutung nicht „natürlicherweise“ in der Identität eines einzelnen sprachlichen Zeichens, sondern stellt sich, so das bekannte strukturalistische Argument Ferdinand de Saussures (1967 [1916]), nur über Differenz zwischen den Zeichen eines Sprachsystems her. Dass sich in einem Differenzsystem keine stabilen Bedeutungen einstellen, erweist sich, wenn man den Fall eines Lexikoneintrags heranzieht: Schlägt man in einem Lexikon die Bedeutung eines Begriffs nach, so wird dieser mit einer Reihe weiterer Begriffe erläutert, die man wiederum nachschlagen und sich durch abermals andere Begriffe erläutern lassen kann, usw. usf. Sprachliche Zeichen können gar nicht anders, als auf andere Zeichen zu verweisen. Im Alltag halten wir dieses Entlanggleiten an der „Signifikantenkette“ (Lacan 1991 [1966]: 22ff) mehr oder weniger willkürlich an, weil sonst Praxis unmöglich gemacht würde. Dass sich also aus der unendlichen Vielzahl möglicher Differenzen zwischen sprachlichen Zeichen bestimmte Bedeutungen einstellen, ist ein Resultat von Konventionen, von sozialer und historischer Kontingenz. Ohne diese Konventionalität würde sich die Alltagserfahrung von relativ stabilen Sprachbedeutungen nicht einstellen können. Zugleich aber ist – aus pragmatischer Sicht – gerade diese alltagsweltliche Stabilität trügerisch, weil bei aller Konvention die Bestimmung von Bedeutungen stets von der konkreten, kontextabhängigen Sprachpraxis abhängt. Sprachregeln und Regeln der Bedeutungsgebung kommen nur im Moment ihrer Anwendung – in Ludwig Wittgensteins (2003 [1953]) Worten: in einem bestimmten Sprachspiel – zur Geltung; sie können aber in eben diesem Moment auch situationsangemessen modifiziert werden.

Als ein wesentlicher Aspekt von Sprachspielen kann ihre Eingelassenheit in strategische, von Macht- und Interessen durchdrungene Kontexte gelten.

Auch außenpolitische Diskurse sind niemals abgeschlossen, Bedeutung im Rahmen von Außenpolitik nie endgültig fixiert, selbst wenn oft bestimmte Bedeutungen über lange Zeit akzeptiert werden. Und somit können sie zum Gegenstand von strategischen Interventionen werden, von neuen Rahmungen, von neuen diskursiven Regeln. Die Entwicklung ist offen, aber nicht zufällig. Sie ist nicht zufällig, weil wir es mit planenden, strategischen Akteuren zu tun haben, die um diskursive Strukturierung bemüht sind. Zugleich aber ist sie offen, weil diskursive Entwicklungen niemals aus den Interventionen einzelner resultieren. Diskursive Strategien sind vielmehr zu verstehen als typische, immer wiederkehrende Anordnungen von diskursiven Elementen, wobei die Anordnung unabhängig von einzelnen Akteuren zu denken ist (Nonhoff 2006: 207ff; 2008: 311ff).

3.2. *Wie sich Diskurse wandeln: Artikulation und Kampf um Hegemonie*

Bedeutung wird in Differenzsystemen hergestellt, aber diese Herstellung hat selbst Prozesscharakter. Auch wenn Diskurse also durch Differenz gekennzeichnete Formationen ausformen (daher die foucaultsche Rede von der diskursiven Formation), so ist dabei immer auch der Aspekt der Praxis und damit der Formierung mit zu denken, genauer: der kontinuierlichen, neuen Formierung von Sinn, indem diskursive Elemente differenziert und zueinander in Beziehung gesetzt werden (wodurch sie als Elemente eigentlich erst in Erscheinung treten).¹¹ Mit anderen Worten: In Diskursen kreuzen sich die Ereignishaftigkeit der Differenzierung und die Strukturalität der Differenz. Genau diese Gleichzeitigkeit von Differenz und Differenzierung erfasst der bei Laclau und Mouffe entlehnte Begriff der Artikulation, verstanden als „any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Mit Artikulation ist also ein formaler Begriff gemeint, der die Praxis des In-Beziehung-Setzens von Elementen und damit eine Praxis der Differenzierung beschreibt (der Akt des In-Beziehung-Setzens bedingt, dass die

11 Die Frage danach, was ein diskursives Element genau ist, lässt sich nicht a priori, sondern immer erst im Verlauf einer Analyse beantworten; ihre Bestimmung ist also strikt ein Effekt der Beurteilung durch die Wissenschaftlerin und liegt nicht in der „Natur der Sache“. Es kann sich um Begriffe, Phrasen, Argumente oder komplexere Vorwissenskonstrukte (vgl. zu letzteren Angermüller 2007) handeln. Vgl. zu diskursiven Elementen genauer Nonhoff (2006: 44f).

zueinander in Beziehung gesetzten Elemente als verschieden begriffen werden). Gleichzeitig greift jede Artikulation in eine immer schon vorhandene Struktur ein, denn die Identität der Elemente, die zueinander in Beziehung gesetzt werden (und damit auch die Differenz zwischen ihnen), wird im Zuge der Artikulation *modifiziert*, nicht aus dem Nichts neu geschaffen. Die Artikulation und damit der Diskurs – die strukturierte Totalität, die das (wie man hinzufügen möchte: immer vorläufige) Ergebnis der Artikulationspraxis bildet – sind ohne diese immer-schon-daseiende, immer-unvollkommene und immer-weiter-perpetuierte Struktur undenkbar. Die Struktur geht der Artikulation immer voran und wird gleichzeitig durch diese stets aufs Neue, aber auch *als neue*, das heißt als niemals exakt gleiche, reproduziert. Die strukturierte Totalität bleibt immer in Bewegung, auch wenn sie nie völlig im Fluss ist und auch angesichts zahlreicher Artikulationen stets ein relativ großes Maß an Stabilität aufweist. „[N]either absolute fixity nor absolute non-fixity is possible“, wie es Laclau/Mouffe (1985: 111) auf den Punkt bringen. Auch wenn demnach Bedeutungen und Sinn als relativ stabil gelten dürfen, sind sie doch grundsätzlich im Zuge sozialer Prozesse wandelbar (vgl. auch Torfing 1999: 85ff). Diese Stabilität ist natürlich eine Frage des Grades der Verfestigung (oder Sedimentierung) von Diskursen einerseits bzw. ihrer Unterbrechung, Erschütterung oder Dislokation andererseits. Je instabiler und umstrittener eine diskursive Ordnung ist, desto offener ist sie für Versuche der Reartikulation (Laclau 1990: 66).

Zum diskursiven Wandel gibt es eine ganze Reihe von theoretischen Beiträgen und empirischen Untersuchungen (vgl. zum Überblick Landwehr 2010). Aus gutem Grund hat aber in der Politikwissenschaft die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe auch in Bezug auf den Wandel von Diskursen großen Einfluss gewonnen (z.B. Nonhoff 2006; Herschinger 2011; Renner 2013; Wullweber 2010): Hier wird nämlich dem diskursiven Ringen um Macht und Vorherrschaft – respektive Hegemonie – maßgebliche Bedeutung zugesprochen. Das hegemoniale Geschehen ist, folgt man Laclau und Mouffe, im Kern ein artikulatorisches Geschehen, das darauf abzielt, dass eine bestimmte Forderung oder eine bestimmte politische Kraft vorherrschend wird. Der Unterschied zu Autoren wie Risse (2007) ist damit beträchtlich: Wo Risse politischen Identitäten in Krisensituationen, in denen sie umstritten sind, ihre Erklärungskraft abspricht und auf eine rationalistische Erklärung zurück fällt, lenkt ein diskurstheoretisch inspirierter Ansatz das Augenmerk explizit auf die Frage, wie in Situationen, in denen vormals unhinterfragte Identitäten (oder Normen etc.) in Frage gestellt sind, zwischen verschiedenen Aspiranten – wir können sie hegemoniale Projekte

nennen – die Auseinandersetzung um die Neubestimmung von geltenden Identitäten geführt wird (vgl. Nonhoff 2008; 2007).

Dieser Prozess des Ringens um Hegemonie lässt sich wie folgt skizzieren (vgl. exemplarisch Laclau 2005: 93): Erstens werden verschiedene Forderungen als äquivalente Forderungen artikuliert, d.h. es entsteht ein gemeinsames Verständnis eines Problems und die sehr unterschiedlichen Ansätze zur Bekämpfung dieses Problems werden als miteinander vereinbar begriffen. Zweitens bedeutet dies, dass ein gemeinsamer „Gegner“ im weiteren Sinn ausgemacht werden muss, der es erlaubt, die unterschiedlichen Forderungen insofern als äquivalent zu begreifen, als sie alle auf die Überwindung des Gegners abzielen (sozialer Antagonismus bzw. Zweiteilung des diskursiven Raums). Vom Gegner wird deswegen im weiteren Sinn gesprochen, weil er nicht unbedingt personal auftreten muss, es kann sich dabei auch um eine Ideologie oder etwas anderes Abstraktes handeln, z.B. um den „Terrorismus“ (vgl. Herschinger in diesem Band). Drittens bedarf es einer Forderung, die in der Lage ist, alle äquivalenten Forderungen zu repräsentieren; diese Forderung und der Akteur, mit dem sie sich ggf. verbindet, können dann als hegemonial gelten. Anders formuliert verspricht die repräsentative Forderung, wenn sie denn erfüllt wird, den Gegner in jeder Hinsicht zu überwinden und damit alle entsprechenden Forderungen ebenso zu erfüllen.

3.3. *Agency und Kontext*

Im hegemonialen Prozess treffen oft unterschiedliche hegemoniale Projekte aufeinander, die zumeist die eben beschriebene Grundstruktur aufweisen; aber aus dieser Grundstruktur allein folgt noch nicht der Erfolg eines hegemonialen Projekts. In anderen Worten: Nur weil ein Projekt Äquivalenzketten ausbildet, erfolgreich einen Gegner bestimmt und sich ein Repräsentant durchsetzt, heißt das noch nicht, dass sich tatsächlich eine erfolgreiche Hegemonie formiert. Dies wird nämlich stark von zwei Faktoren abhängen: erstens davon, welche sozialen Kräfte als diskursive Akteure auftreten, und zweitens davon, in welchem sozialen und historischen Kontext der Prozess der Artikulation sich ereignet.

Anders als oft – mitunter mit Blick auf einige frühe Schriften Foucaults – gemutmaß¹², ist die Diskursforschung durchaus dazu in der Lage, den strategisch agierenden Akteur zu analysieren und in seiner strategischen Ausrichtung ernst zu nehmen. Sie wird nur immer darauf hinweisen, dass der Akteur eben selbst schon situiert ist, von bestimmten Subjektpositionen aus spricht und also selbst immer auch diskursiv mit hervorgebracht wird (vgl. Nonhoff/Gronau 2012). Da Diskurse nie abgeschlossen sind, ist auch das Subjekt nie vollkommen durch diskursive Strukturen determiniert. Oder wie Laclau es ausdrückt:

„The structure will obviously not be able to determine me, not because I have an *essence* independent from the structure, but because the structure has failed to constitute itself fully and thus to constitute me as a subject as well. [...] The freedom thus won in relation to the structure is therefore a traumatic fact initially: I am *condemned* to be free, not because I have not structural identity as the essentialists assert but because I have a *failed* structural identity“ (Laclau 1990: 44, Herv. dort).

Dennoch wirkt diskursive Macht immer durch das Subjekt hindurch, d.h. über die Subjektivierung der Akteurin, und insofern ist sie nie souverän Handelnde – strategisch Handelnde kann sie aber sehr wohl sein. Insofern ist der Begriff der Agency gut mit einer Diskursforschungsperspektive zu verknüpfen. DiskursforscherInnen werden dabei aber besonders sensibel dafür sein, darauf zu achten, von wo aus, d.h. von welcher Subjektposition aus gesprochen wird: Gerade in der Außenpolitik, die, wenigstens sofern sie Sicherheitsfragen betrifft, noch immer zu weiten Teilen staatlich dominiert ist, sind SprecherInnen bevorteilt, die von Positionen aus zu sprechen vermögen, die üblicherweise dem Staatsraum zugeordnet werden (Milliken 1999: 236) und das heißt vor allem: Regierungsmitglieder. In Deutschland sind das vor allem Bundeskanzler, Außenminister und Verteidigungsminister (Korte 2007: 203). Auf die Beiträge dieser Sprecher werden wir uns daher im Folgenden vor allem beziehen.

Versuche der Diskursstrukturierung – hegemonial oder nicht – finden stets vor einem Kontext statt. Dabei ist von großer Bedeutung, dass das oben Gesagte zur Produktivität von Diskursen auch für Kontexte gilt: Kontexte sind nie in objektiver Weise gegeben, sie gehen einer diskursiven Artikulation nicht einfach voraus. Vielmehr muss der Kontext, wie uns die Diskurs-

12 Vgl. etwa die Kritik von Baumann (2006: 74) oder, jenseits der IB, von Bevir und Rhodes (2003: 43). Eine poststrukturalistische Antwort auf die Kritik findet sich bei Glynos und Howarth (2008).

linguistik zeigen kann (vgl. Auer 1992; Busse 2007; Ziem 2010), im Diskurs immer wieder mit hergestellt und verfügbar gemacht werden. Dies geschieht auf stets spezifische Weise, ist von den konkret sprechenden Akteuren, der spezifischen Sprechsituation und der strategischen Konstellation abhängig. Herauszufinden, welcher Kontext wann, wie und warum mobilisiert werden kann und tatsächlich wird, ist Teil einer Diskursanalyse. Dies unterscheidet sie maßgeblich von den oben dargestellten Herangehensweisen konstruktivistischer Forschung. Auffällig ist das insbesondere in Hinblick auf Normen: Normen können als Aspekt des Kontexts von Artikulationen gelten. Aber sie sind eben nicht einfach gegeben und wirken dementsprechend auf Artikulationen nicht wie eine unaufhaltsame physikalische Kraft. Vielmehr müssen sie wie alle Kontextelemente in den Artikulationen selbst aufgenommen und re-artikuliert werden, um Wirkmächtigkeit zu entfalten. In diesen Prozessen der Re-Artikulation kommt es regelmäßig zu kleinen oder auch größeren Verschiebungen, neuen Betonungen usw. Daher bilden Normen und die Verhältnisse zwischen Normen (also etwa das Verhältnis von Multilateralismus und Antimilitarismus) kein stabiles Reservoir, auf das man einfach zugreifen könnte.

Trotz dieser grundsätzlichen Beweglichkeit lässt sich aber auch eine gewisse temporale Trägheit des Kontexts feststellen: Es gibt Kontexte, die in bestimmten Diskursen über lange Zeit hinweg immer wieder und immer wieder ähnlich mobilisiert werden. Ein Beispiel hierfür sind stabile normative Orientierungen. Diese langfristigen Kontexte unterscheiden sich von kurzfristig in Erscheinung tretenden Kontexten dadurch, dass die artikulatorische Gestaltung letzterer oft auf weniger Widerstände trifft, vor allem dann, wenn die Artikulationen von mächtigen Subjektpositionen aus vorgenommen werden. Jede Form der Artikulation in politischen Diskursen wird versuchen müssen, die angestrebte eigene Diskursstrukturierung in die langfristigen diskursiven Kontexte mehr oder weniger innovativ „einzuklinken“ und dabei die kurzfristigen Kontexte geschickt zu integrieren bzw. ggf. auf diese Einfluss zu nehmen. Ob Diskurse sich wandeln oder eher stabil bleiben, hängt vom artikulatorischen Erfolg solcher Interventionen im strategischen Feld ab.

4. *Außenpolitik mit Hilfe eines nicht-militärischen Militärs? Eine Diskursanalyse der Haltung der deutschen Regierung zu den Kriegen in Afghanistan und Irak*

Während es für die Zeit vor der Wiedervereinigung sinnvoll sein kann, von einer etablierten Hegemonie hinsichtlich der Orientierung der deutschen Außenpolitik zu sprechen – wesentliche Elemente sind z.B. die Westbindung, der Multilateralismus und der Antimilitarismus –, fällt die Behauptung einer ähnlich stabilen, vorherrschenden Diskurskonstellation für die Zeit nach 1990 und v.a. für die Zeit zwischen der Afghanistan-Intervention 2001 und der Abstinenz im Irak-Krieg 2003 schwer. Zu widersprüchlich sind, wie schon weiter oben dargestellt, die Positionierungen der Bundesregierung. Insofern kann es in unserem folgenden Fallbeispiel, in dem wir die Stärke einer hegemonietheoretisch unterfütterten Diskursanalyse plausibilisieren wollen, *nicht* darum gehen, die Entstehung und den Erfolg einer Hegemonie nachzuzeichnen (vgl. für Studien, die so vorgehen, Herschinger 2011; Nonhoff 2006; Stengel in Vorbereitung). Vielmehr wollen wir zeigen, dass sich zwar im Afghanistan-Fall etwas entwickelt, das der Grundstruktur eines hegemonialen Projektes nahe kommt; dieses Projekt kristallisiert sich um die (eher implizite) Forderung nach einem „nicht-militärischen Militär“, also einem nicht-kriegführenden Militär, das im Wesentlichen als Entwicklungs- hilfeorganisation und als Polizei arbeiten soll. Doch es wird im Irak-Fall im Zuge einer situativen Re-Artikulation von Normen und Akteuren wieder aufgegeben. Indem wir auf einen Zeitraum blicken, in welchem schwerlich von einer Hegemonie und folglich auch nur in geringem Ausmaß von diskursiver Stabilität gesprochen werden kann, vermag unsere Analyse gut zu kontrastieren, dass Ideen nicht einfach Ideen sind, die, einmal internalisiert, fortan wirken; sie kann weiter zeigen, dass Kontexte nicht einfach gegeben sind; und sie kann schließlich auch verdeutlichen, dass sich die Identitäten von Akteuren gleichfalls wandeln. Anders als in vielen konstruktivistischen Ansätzen üblich kommt es darauf an, diese verschiedenen ideellen Faktoren nicht als objektive Faktoren anzunehmen (quasi als platonische Ideen), sondern ihre spezifischen Re-Artikulationen und die damit einhergehenden Verschiebungen in den Blick zu bekommen.

4.1. Zum analytischen Vokabular: einige Anmerkungen zur Operationalisierung

Ehe wir die Analyse beginnen, möchten wir kurz vorstellen, wie die eben ausgeführten theoretischen Überlegungen operationalisiert werden. Zunächst aber eine Anmerkung zum Untersuchungskorpus: Im Zuge eines vergleichsweise kurzen Beitrags wie dem vorliegenden ist es kaum möglich, ein umfangreiches Korpus angemessen zu analysieren. Wir haben uns daher auf wenige exemplarische Beiträge beschränkt. Wie oben dargestellt sind, wenn es um die Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates geht, die maßgeblichen diskursiven Akteure einige Regierungsmitglieder, in Deutschland der Bundeskanzler, der Außenminister und der Verteidigungsminister. Entsprechend ist unser Korpus gestaltet. Es umfasst zwölf ausgewählte Reden von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesaußenminister Joschka Fischer und Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping vor dem Deutschen Bundestag im Zeitraum zwischen dem 11.9.2001 und dem Beginn des Irak-Kriegs am 20.3.2003.

Für die folgende Analyse sind die oben eingeführten Begriffe der Artikulation, der Differenz, der Äquivalenz, der Zweiteilung des diskursiven Raums und der repräsentativen Forderung relevant. Wir werden nun in dieser Reihenfolge erörtern, wie sie in die konkrete Analysepraxis übersetzt werden.

Als *Artikulation* bezeichnen wir in Anlehnung an Laclau und Mouffe (1985: 105) jede Praxis, welche diskursive Elemente so zueinander in Beziehung setzt, dass sich die Bedeutung der betroffenen Elemente ändert. Eine relevante Veränderung zu bestimmen, ist die Aufgabe der Analytikerin; es gibt keine objektiv messbaren Indikatoren für Veränderungen. Wir gehen hier davon aus, dass alle zitierten Interventionen als Artikulationen gelten können.¹³ Die entscheidende Frage ist unseres Erachtens nicht so sehr, ob tatsächlich eine Verschiebung vorliegt. Maßgeblich ist vielmehr, auf welche Art und Weise die diskursiven Elemente in Beziehung gesetzt werden.

13 Es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass *jede* sprachliche Äußerung und jede Praxis die Bedeutung der Elemente, die sie zueinander in Beziehung setzen, verändert. Der Grund, den Jacques Derrida (1988) unter dem Verweis auf die „Iteration“ von Bedeutung hierfür gibt, ist, dass selbst eine exakt gleiche Wiederholung den Sinn der vorherigen Äußerung bzw. vorangehenden Aktes verschiebt, weil es sich nun um einen wiederholbare(n) Äußerung/Akt handelt und weil die Wiederholung selbst Bedeutung hat (z.B. nachäffende, bekräftigende, satirische etc.).

Die basale Beziehung zwischen zwei diskursiven Elementen ist die *Differenz*.¹⁴ Alle diskursiven Elemente, die als solche erkennbar sind, stehen in einem Differenzverhältnis zueinander. Gäbe es keine Differenz, wären die Elemente identisch und somit nicht länger als verschiedene Elemente auszumachen. Das bedeutet zugleich, dass alle anderen diskursiven Beziehungen auf der Beziehung der Differenz „aufsitzen“ bzw. sie überformen. In der Analyse sind Differenzartikulationen nur dann relevant, wenn durch sie klar wird, dass eben keine Überformung vorliegt, sondern dass man es mit bloßer Differenz zu tun hat.

Differenzen können durch *Äquivalenzen* überformt werden,¹⁵ also Artikulationen, die zwei Elemente als miteinander verbunden darstellen. Äquivalenz meint nicht allgemeine Ähnlichkeit oder gar Identität; sie verweist allein darauf, dass zwei Elemente in Bezug auf ein Drittes miteinander Hand in Hand gehen (oder gehen sollten). Dieses Dritte ist in hegemonialen Formationen der Gegner, der überwunden werden soll. Äquivalenzen lassen sich in Texten regelmäßig klar aufzeigen, etwa durch Reihungen, bestimmte Konjunktionen (und, sowie, etc.) oder zusammenfassende Statements. Trotz der häufigen Augenfälligkeit bewegt man sich bei der Feststellung von Äquivalenzen natürlich im Raum der Interpretation. Gelegentlich ist es hier angemessen, auch jenseits des konkreten Textzusammenhangs Äquivalenzen zu konstatieren, z.B. wenn verschiedene Aspekte unter einer Überschrift verhandelt oder wenn sie als Elemente der Erreichung eines Ziels diskutiert werden. Die Nennung desselben Bezugspunktes – etwa das Ziel der Bekämpfung des internationalen Terrorismus – kann auch als Äquivalenz stiftend interpretiert werden, sogar über mehrere Diskursbeiträge hinweg.

Die *Zweiteilung des diskursiven Raums* resultiert zum einen – in der hegemonietheoretischen Lesart – aus Prozessen der Äquivalenzierung. Denn Äquivalenzartikulationen beruhen auf Abgrenzung gegenüber einem Anderen, so z.B. wenn Kanzler Schröder die Werte des Westens dem Terrorismus gegenüberstellt:

„Diese Werte der Menschenwürde, der freiheitlichen Demokratie und der Toleranz sind unsere große Stärke im Kampf gegen den Terrorismus. Sie sind das,

14 Vgl. für eine Typologie diskursiver Beziehungen als Grundlage von Hegemonieanalysen Nonhoff (2006: 85ff; 2007: 176ff).

15 Eine vollständige Hegemonieanalyse operiert mit weiteren Überformungen der Differenz, nämlich Kontrarität und Superdifferenz, auf die wir hier aus Platzmangel allerdings nicht näher eingehen können. Vgl. Nonhoff (2006: 85ff).

was unsere Völker- und Staatengemeinschaft zusammenhält, und sie sind das, was die Terroristen zerstören wollen“ (Schröder 2001d).

Zum anderen gehen wir aber hier¹⁶ davon aus, dass eine Zweiteilung des diskursiven Raums auch aus der expliziten Bezeichnung von Gegnern und Feinden sowie der Verwendung von herabwürdigendem Vokabular („Terroristen“, „Fanatismus“ etc.) resultiert.

Erfolgreiche hegemoniale Projekte zeichnen sich schließlich dadurch aus, dass sich in ihnen eine Forderung herausbildet, die repräsentativ in dem Sinne ist, dass ihre Erfüllung verspricht, alle als äquivalent artikulierten Forderungen mit zu erfüllen und den Gegner in jeder Hinsicht zu überwinden.¹⁷ Wie schon erwähnt, lässt sich in der hier unternommenen Analyse eine solche Forderung nicht durchgängig ausmachen, weshalb man auch nicht von einem ausgereiften hegemonialen Projekt sprechen kann. Allerdings deutet sich im Diskurs der Regierungsvertreter im Fall der Afghanistan-Intervention eine solche Forderung an, die Forderung nach einem „nicht-militärischen Militär“, also nach einem Militär, das nicht nur als Soldat, sondern zugleich als Polizist, Entwicklungshelfer und Diplomat tätig ist. Diese Forderung wird so nirgends explizit erhoben. Dennoch kristallisiert sie sich durch eine Parallelektüre mehrerer Diskursbeiträge als Kandidatin für die Leitvorstellung für die Organisation der deutschen Sicherheitspolitik heraus. Diese Parallelektüre hat vor allem deswegen, weil sie verschiedene Beiträge zusammennehmen muss, interpretativen Charakter.

4.2. Afghanistan: Zur Äquivalenz von Antimilitarismus und Militäreinsatz

Im deutschen Regierungsdiskurs, der den Einsatz in Afghanistan im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 vorbereitet, finden sich wesentliche Strukturelemente, die hegemoniale Projekte auszeichnen: Insbesondere können wir erstens feststellen, dass Forderungen, die zunächst nicht viel miteinander zu tun haben, die also differente Forderungen sind, miteinander verbunden werden; zu dieser Ausformung von Äquivalenzketten zwischen differenten Forderungen tritt zweitens die Zweiteilung des

16 Für eine komplexere Argumentation zur Zweiteilung des diskursiven Raums fehlt hier der Raum. Sie würde die Interaktion von Artikulationen der Äquivalenz und der Kontrarität umfassen. Siehe hierzu Nonhoff (2006: 341f).

17 In laclauscher Diktion spricht man hier von einem *empty signifier* (vgl. Laclau 1996: 36ff).

diskursiven Raums hinzu. Genau genommen sind beide Aspekte voneinander gegenseitig abhängig, d.h. Forderungen lassen sich als äquivalent artikulieren, weil sie auf die Überwindung eines gemeinsamen Gegners abzielen (was die Zweiteilung des diskursiven Raums impliziert). Allerdings fehlt das dritte Element hegemonialer Projekte: die explizite Repräsentation in einer zentralen Forderung.

Wir möchten nun zunächst auf das Ensemble von im deutschen Regierungsdiskurs erhobenen Forderungen eingehen und anschließend analysieren, wie die diskursiv angesprochenen Akteure arrangiert werden, um den diskursiven Raum zweizuteilen. Forderungen fallen im Allgemeinen nicht vom Himmel, sondern sie reagieren auf wahrgenommene Probleme¹⁸, und zwar auf Probleme, die mit vergangenem und mit künftigem, antizipiertem Geschehen zu tun haben. So verhält es sich auch im Afghanistan-Diskurs. Das Problem, vor dem sich die deutsche Außenpolitik sieht, ist zunächst ein offensichtliches: der Anschlag vom 11. September und die Antizipation weiterer Anschläge, die dann eventuell auch Deutschland treffen könnten. Indem Kanzler Schröder bereits in seiner Bundestagsrede vom 12. September 2001, ganz im Einklang mit der Standardlesart der westlichen Politik und Öffentlichkeiten, die Anschläge als „Terrorakte“ und als „niederträchtige Attentate“ charakterisiert, denen es um das „Auslöschen unschuldiger Menschenleben“ gegangen sei, ist das Problem genauer umschrieben: Es handelt sich um unprovokierte und in keiner Weise zu rechtfertigende Terroranschläge, in deren Folge „Freiheit und Sicherheit“ in den USA, aber darüber hinaus in der gesamten „zivilisierten Welt“, zu der auch Deutschland zählt, gefährdet sind (Schröder 2001a). Das unmittelbare Problem der verheerenden Anschläge übersetzt sich also rasch in ein Problem der allgemeinen Unsicherheit, welche die Folge einer „Kriegserklärung an die freie Welt“ ist, die mit Mitteln des „Terrors“ exekutiert wird (Schröder 2001a). Die Unsicherheit verdichtet sich zu einer „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ (Schröder 2001d), die nicht nur Leib und Leben berührt; sie berührt, all das,

„was unsere Welt im Innersten zusammenhält, nämlich die Achtung vor dem menschlichen Leben und der Menschenwürde, die Werte von Freiheit, Toleranz, Demokratie und friedlichem Interessenausgleich“ (Schröder 2001d).

18 Diskurstheoretisch würde man in Anlehnung an die psychoanalytische Diktion bei Lacan und Laclau eher von „Mangel“ als von einem „Problem“ sprechen (vgl. Nonhoff 2006: 116ff). Wir passen uns hier der in der Politikwissenschaft üblicheren Terminologie an, auch wenn die beiden Begriffe nicht ganz deckungsgleich sind.

Diese Passage einer Rede Schröders vom 19. September 2001 verdeutlicht aber nicht nur in einer exemplarischen Äquivalenzkette, dass das Problem in der terroristischen Gefährdung von Leben, Menschenwürde und zentralen Normen liegt. Zugleich stellt sie auch dar, was erreicht werden muss, welche Forderungen also eine sich anschließende Politik erfüllen muss. Im Kern kann es dabei nur darum gehen, die Gefährdung zu bekämpfen und möglichst zu beseitigen. Formal gesehen handelt es sich also um die Forderung nach Widerstand gegen eine Gefährdung, womit auch die antagonistische Trennlinie umrissen ist, die hegemoniale Projekte stets kennzeichnet. Besonders prominent ist diese Forderung nach Widerstand in der Rede Joschka Fischers vom 11. Oktober 2001 (am 7. Oktober begannen US-Luftangriffe auf Afghanistan), in der der Außenminister nochmals betont, dass der Westen ungewollt in diesen Kampf gezwungen wurde:

„Der 11. September hat uns einen Kampf aufgezwungen, den niemand von uns wollte, nicht die Menschen in den USA, nicht die Regierung der USA, nicht die Führung der NATO, auch nicht die Bundesregierung und die Menschen in Deutschland. [...] Er war auch ein Angriff auf die offene Gesellschaft, ein Angriff auf unsere Demokratie. Insofern sind es unsere elementaren Interessen, die uns zwingen, hier zu widerstehen, ja Widerstand zu leisten“ (Fischer 2001b).

Die formale Forderung nach Widerstand übersetzt sich natürlich in die substantielle Forderung danach, dass dieser Widerstand die zentralen Werte verteidigen und, besser noch, ihre Geltung auch bei den Angreifern erzwingen müsse. Das Besondere an unserem Diskursausschnitt ist nun, dass die Sprecher sich in Machtpositionen befinden, in denen sie selbst maßgeblich dazu beizutragen können, die Forderungen zu erfüllen. Deshalb erscheinen Forderungen immer wieder zugleich als Ankündigungen, zum Beispiel zum Ende der Rede Gerhard Schröders vom 19. September 2001 in einer Passage, die erneut eine Äquivalenz verschiedener geforderter Werte in Konfrontation mit dem Terrorismus zum Ausdruck bringt:

„Diese Werte der Menschenwürde, der freiheitlichen Demokratie und der Toleranz sind unsere große Stärke im Kampf gegen den Terrorismus. Sie sind das, was unsere Völker- und Staatengemeinschaft zusammenhält, und sie sind das, was die Terroristen zerstören wollen. Diese Werte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind unsere Identität und *deshalb werden wir sie verteidigen*, mit Nachdruck, mit Entschiedenheit, aber auch mit Besonnenheit“ (Schröder 2001d, Herv. hier).

Allerdings ist mit der Forderung und auch mit der Ankündigung der Verteidigung der genannten Werte nur eine Kette von miteinander verbundenen Zielen benannt. Offen geblieben ist bislang, wie die konkreten Reaktionen

aussehen sollen. Zunächst kündigt Schröder die berühmt gewordene „uningeschränkte Solidarität“ mit den USA an, noch ohne dass ausgeführt werden kann, was das genau bedeutet. Spezifiziert sind am 12. September nur wenige Forderungen, etwa jene nach der „Sicherheit des Luftraums und des Flugverkehrs sowie [nach dem] Schutz amerikanischer und anderer herausgehobener Einrichtungen“ (Schröder 2001a). Nachdem aber einige Tage später die Hintergründe des Anschlags klarer sind und sich eine militärische Antwort der USA abzeichnet, artikuliert Schröder (2001d) eine Äquivalenz von Solidarität und „militärischem Beistand“ für den Bündnispartner. Interessant ist dabei, dass die „Bekämpfung des Terrorismus“ zu einer zentralen Forderung wird, die keineswegs nur militärische Komponenten umfassen soll:

„Eine Fixierung auf ausschließlich militärische Maßnahmen wäre fatal. Wir müssen und wollen ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Prävention und zur Bewältigung von Krisen entwickeln. Dieses Konzept muss auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie auf Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit gegründet sein. Zu diesem Zweck werden wir auch in der Europäischen Union unsere Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus weiter verstärken müssen“ (Schröder 2001d).

In der „Bekämpfung des Terrorismus“ kreuzen sich also die von außen an die Bundesregierung herangetragene und dann übernommene Forderung nach militärischem Engagement mit Forderungen nach einer auch nicht-militärischen Antwort, die multilateral, insbesondere europäisch koordiniert werden soll. Auch Joschka Fischer wird einige Wochen später, am 11. Oktober 2001, die Forderung nach Multilateralismus explizit gegen den Unilateralismus stellen und auch „das europäische Engagement“ hervorheben (Fischer 2001b). Wir erkennen hier also die Artikulation von Äquivalenz zwischen gewohnten Forderungen deutscher Außenpolitik und noch gewöhnungsbedürftigen – militärischen – Forderungen. Zu diesen Äquivalenzierungen waren die maßgeblichen deutschen Regierungsvertreter im Afghanistan-Fall offenkundig bereit.

Dass es um die Äquivalenzierung von zunächst Differentem ging (und damit um das, was ein wesentliches Element von hegemonialen Projekten ausmacht), zeigt sich besonders dort, wo es um die Begrifflichkeit des Krieges geht. Bereits am 19. September 2001 stellte Schröder (2001d) klar: „Wir befinden uns nicht im Krieg gegen irgendeinen Staat“. Am 11. Oktober 2001 zieht Verteidigungsminister Scharping die Linie noch schärfer:

„In diesem Zusammenhang taucht immer wieder das Wort ‚Krieg‘ auf. Wir sind nicht im Krieg; jedenfalls dann nicht, wenn uns mit diesem Wort immer noch

die alten Assoziationen und Vorstellungen vom Krieg zwischen Staaten mit dem Ziel, ein Territorium zu erobern und zu beherrschen, verbinden. [...] Wenn Terrorismus – wie jener glasklar bewiesene von Osama Bin Laden und al-Qaida – von Staaten beheimatet, unterstützt und geduldet wird oder gar Staaten in den Händen von Terroristen sind, dann ist das Verwenden des Militärischen gegen den Terrorismus und gegen die Staaten, die Terroristen Unterstützung oder Hafen bieten, nicht etwa der klassische Krieg, sondern im Kern eigentlich eine Polizeiaktion mit den Mitteln des Militärischen“ (Scharping 2001).

Die Forderung nach einem militärischen Engagement lässt sich besser mit der Tradition des Antimilitarismus verbinden, wenn dieses Engagement nicht bedeutet, in den Krieg zu ziehen, sondern vielmehr, dass man eine Polizeiaktion durchführt. Im Ergebnis wird es aber möglich, die Forderung nach der „Bereitstellung von Bundeswehreinheiten im Kampf gegen den Terrorismus“ (Schröder 2001) an den Bundestag zu stellen – und sie nach Mehrheitsabstimmung in Praxis umzusetzen. Aus diskurstheoretischer Sicht ist diese Entwicklung doppelt interessant: Zum einen erkennt man gut, wie die kontextuelle Norm des Antimilitarismus zugleich in Rechnung gestellt und re-artikuliert wird; es wird klar, dass diese Norm nicht einfach existiert, sondern sie wird in die konkrete diskursive Praxis integriert und wandelt sich dadurch. Zum anderen deutet sich an, wie das hegemoniale Projekt einer remilitarisierten Außenpolitik strukturiert sein könnte: um die zentrale Forderung eines nicht-militärischen oder nicht-kriegführenden Militärs herum. Dieses nicht-kriegführende Militär soll unter anderem zivile (Brunnen und Schulen bauen!) und polizeiliche Funktionen übernehmen und nur zur allergrößten Not töten und sich töten lassen. Zudem agiert es vor allem zum Schutz von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie, aber keinesfalls für profanere Ziele wie deutsche Interessen, und ermöglicht durch die Herstellung von Sicherheit Entwicklungshilfe und den zivilen Wiederaufbau.¹⁹

Betrachten wir zum Abschluss dieses Abschnitts noch kurz die Artikulation der Akteurskonstellation, die einen wichtigen Aspekt der Zweiteilung des diskursiven Raums darstellt. In vieler Hinsicht ist diese Konstellation denkbar einfach: So finden wir auf der einen Seite die angegriffenen USA. Insofern nicht nur ganz konkret US-amerikanische Städte angegriffen wurden, sondern die westliche Kultur mit ihren Werten der Freiheit und der Demokratie, befindet sich Deutschland in einer klaren Äquivalenzrelation

19 Diese Artikulation der Bundeswehr als „Entwicklungshelfer in Uniform“ ist insofern nicht komplett neu, als dass die Bundeswehr vor 1990 im Ausland ausschließlich humanitär in Erscheinung getreten ist. Im Hinblick auf Sicherheitspolitik jedoch war die Aufgabe der Bundeswehr traditionell militärische Abschreckung.

zu den USA, ebenso wie viele andere westliche Staaten, ja die „gesamte Zivilisation“ (Schröder 2001d). Demgegenüber werden als Gegner „skrupellose, kaltblütige Terroristen“ (Schröder 2001b) artikuliert, die von „Fanatismus“ und „Hass“ getrieben sind (Scharping 2001) und nach einer Weile mit dem Etikett al-Qaida in Verbindung gebracht werden. Bald wird al-Qaida auch zu ihrer Schutzmacht, den afghanischen Taliban, in Äquivalenz gesetzt, was den territorialen Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“ zunächst absteckt.

Mit der Territorialität tritt aber auch ein neues Problem auf, das diskursiv gelöst werden muss: die Gefährdung der afghanischen Zivilbevölkerung durch den Militäreinsatz. Das erwartbare Töten von Menschen, die ebenso als „unschuldige Opfer“ firmieren wie die Opfer der Terroranschläge (Fischer 2001a), steht in klarem Widerspruch zum Wert des Antimilitarismus. Es kann daher nur dann hingenommen werden, wenn dies durch die Durchsetzung anderer Werte aufgewogen wird, in diesem Fall durch die zivil-humanitäre Komponente deutscher Außenpolitik. Entsprechend argumentiert Gerhard Schröder in seiner Rede am 16. November 2001 zur Abstimmung über die deutsche Beteiligung an *Operation Enduring Freedom*, „die Menschen [seien] aus dem Würgegriff des menschenverachtenden Talibanregimes befreit worden“, wodurch dann überhaupt erst „der Weg frei geworden [sei] für die humanitäre Versorgung der Not leidenden afghanischen Bevölkerung“ (Schröder 2001c). Der Militäreinsatz ist also Mittel zur Erreichung der eigentlich äquivalenten Ziele der deutschen (und internationalen) Sicherheit sowie der Freiheit des afghanischen Volkes.

Dadurch werden die Forderung nach Sicherheit für Deutschland durch Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die (zugeschriebene) Forderung der afghanischen Zivilbevölkerung nach einer „menschewürdigen Zukunft“ als äquivalente Forderungen artikuliert, die mit einem Militäreinsatz realisiert werden können. Diese Artikulation ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, schließlich erlaubt sie es, einen Angriff auf Afghanistan, bei dem die afghanische Bevölkerung einem erheblichen Risiko ausgesetzt ist, überhaupt erst in Einklang zu bringen mit liberal-demokratischen Werten, wodurch die Intervention selbst – trotz anzunehmender ziviler Opfer – als im eigentlichen Interesse der afghanischen Bevölkerung legitimiert wird (hierzu grundlegend Zehfuss 2012). Wir können damit erkennen, dass das außenpolitische hegemoniale Projekt, das sich im Afghanistan-Diskurs der deutschen Bundesregierung 2001 andeutet, angeleitet wird durch die zentrale Forderung nach einem nicht-militärischen Militär, dessen Praxis im absehbar menschenrechtsverletzenden Schutz der Menschenrechte besteht.

Allerdings bleibt es bei der Andeutung dieses Projekts: Zum einen entwickelt sich die Forderung nach „nicht-militärischen Militäreinsätzen“ in unserem Diskursausschnitt nicht wirklich zu einer explizit erhobenen repräsentativen Forderung. Zum anderen entfaltet sich hier kein Projekt, das die deutsche Außenpolitik durchgängig und langfristig anleiten würde, wie der Fall der militärischen Zurückhaltung im Irak-Konflikt 2003 zeigt.

4.3. *Differenz statt Äquivalenz: Der Irak-Krieg im deutschen Regierungsdiskurs*

Während sich im Falle Afghanistans Elemente eines hegemonialen Projekts identifizieren lassen, wird dieses im Irak-Diskurs nicht fortgeschrieben. Dies betrifft sowohl die ausbleibende Artikulation von Äquivalenzbeziehungen als auch die Konstruktion sozialer Antagonismen.

Zunächst überwiegt auch in der Diskussion über einen möglichen Krieg gegen den Irak, wie er sich schon in US-Präsident Bushs Rede zur „State of the Union“ im Januar 2002 andeutete, die Bekämpfung des Terrorismus als zentrale Forderung. In Ergänzung dazu wird das Problem der Proliferation von Massenvernichtungswaffen identifiziert, dem insbesondere im Irak begegnet werden müsse. Im Gegensatz zur von der Bush-Administration unter anderem an Deutschland herangetragenen Forderung eines Militäreinsatzes gegen den Irak wurden jedoch im deutschen Regierungsdiskurs durchweg Inspektionen durch die Vereinten Nationen als das angemessene Mittel zur Erreichung dieses Ziels artikuliert. Wie Schröder es Anfang 2003 formuliert: „Wir alle wollen die Entwaffnung des Irak. Unterschiedlicher Meinung sind wir [die USA und Deutschland] hinsichtlich der Wahl der Mittel zur Durchsetzung und der Zeitvorstellung zur Erreichung des Ziels“ (Schröder 2003).

Während ein Militäreinsatz im Falle Afghanistans auch in Deutschland als angemessenes Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus und als kompatibel mit der Antimilitarismus-Norm artikuliert wurde, wurde ein solcher im Irak als nicht angemessen zur Realisierung der Forderung einer irakischen Entwaffnung, als nicht nur nicht hilfreich, sondern kontraproduktiv im Kampf gegen den Terrorismus und als im Widerspruch zum deutschen Antimilitarismus artikuliert. Erstens seien „kontrollierte Abrüstung und wirksame Inspektionen ein durchaus taugliches Mittel zur Beseitigung der Gefahr, die von Massenvernichtungswaffen ausgeht“ (Schröder 2003). Zweitens bestünde die Gefahr, dass sich ein Angriff auf den Irak in Bezug auf

den Kampf gegen den Terrorismus als kontraproduktiv erweisen könnte. So könne er den Zusammenhalt der Antiterrorkoalition gefährden:

„Wer diese Krise [die Irak-Krise] mit militärischen Mitteln lösen will, muss eine Antwort auf die Frage haben, ob das die weltweite Allianz gegen den Terrorismus, der auch mehr als 50 überwiegend muslimische Nationen angehören, voranbringt oder ob es diese Allianz gefährden und vielleicht sogar sprengen könnte; denn das hätte verheerende Folgen für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ (Schröder 2003).

Ebenso würde ein Angriff auf den Irak den Nahost-Friedensprozess gefährden (Schröder 2003), „die Reform- und Dialogbereitschaft in islamischen Ländern vermutlich weiter blockieren und die Gefahr terroristischer Anschläge deutlich erhöhen“ (Schröder 2003).

Hier können wir sehen, wie die Bekämpfung des Terrorismus und ein möglicher Krieg gegen den Irak nicht als äquivalente Forderungen, sondern als differente, ja wahrscheinlich sogar widersprüchliche, Unternehmungen artikuliert werden. Da der Kampf gegen den Terrorismus nicht vorbei sei, so Schröder, dürfe man die Koalition nicht für einen Einsatz im Irak aufs Spiel setzen. Ebenso bestünde die Gefahr, dass ein Einsatz im Irak die „regionale Stabilität“ untergrabe:

„Wenn wir über den Nahen Osten diskutieren, dann müssen wir bedenken, dass es immer auch um regionale Stabilität geht, um die Auswirkungen einer militärischen Intervention in dieser so sensiblen und schwierigen Region. Für das, was nach einer denkbaren, möglichen, ins Auge gefassten militärischen Intervention passiert, hat bislang niemand ein in sich schlüssiges und nachvollziehbares Konzept auf den Tisch gelegt. [...] Deshalb sage ich: Meine Argumente gegen eine militärische Intervention bleiben bestehen. [...] Es bleibt ebenfalls klar: Unter meiner Führung wird sich Deutschland an einer militärischen Intervention nicht beteiligen“ (Schröder 2002a).

Drittens wurde ein möglicher Militäreinsatz gegen den Irak nicht als äquivalent mit der Norm des Antimilitarismus artikuliert. Statt also den im Grunde nicht-militärischen Charakter des Militäreinsatzes (wie im Afghanistan-Fall) zu betonen, wurde ein Einsatz gegen den Irak von Anfang an als Krieg artikuliert, als im Widerspruch nicht nur mit der Antimilitarismus-Norm, sondern auch mit dem deutschen Engagement für die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen.

„Wir haben immer klargemacht, dass die Politik der Bundesregierung eine Friedenspolitik ist. [...] Die vornehmste Aufgabe internationaler Politik ist, Kriege zu verhüten. Daran orientieren wir uns. [...] Keine Realpolitik und keine Sicherheitsdoktrin dürfen dazu führen, dass wir uns gleichsam schleichend daran gewöhnen, Krieg als normales Mittel der Politik [...] oder, wie es einmal

gesagt worden ist, als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu begreifen. Nein, wer militärische Gewalt anordnet, der kann das nur auf der Basis ganz bestimmter Prinzipien und Möglichkeiten tun, die in der Charta der Vereinten Nationen festgehalten sind. [...]

Wer [...] heute einer militärischen Option den Vorzug gibt, muss glaubhaft machen, dass es keine Alternative zum Krieg gibt. Die Bundesregierung – ich sage es bewusst noch einmal – ist gemeinsam mit Frankreich, Russland, China und zahlreichen anderen Staaten ausdrücklich nicht der Meinung, dass es keine friedliche Alternative gibt. Es gibt eine und wir kämpfen darum, sie zu realisieren“ (Schröder 2003).

Nicht nur wird hier ein Einsatz gegen den Irak als im Widerspruch zu einer Friedensorientierung und dem Völkerrecht artikuliert, sondern auch ausdrücklich (und im Gegensatz zum Afghanistan-Fall) als eben nicht alternativlos: „Die Alternative heißt eben nicht: Krieg oder Nichtstun. Wer den Krieg ablehnt, ist nicht zum Appeasement verdammt“ (Schröder 2003). Durch sein Beharren auf nicht-militärischen Alternativen zur Entwaffnung des Irak stünde Deutschland deshalb für einen „Mut zum Frieden“ (Schröder 2003).

Im Einklang damit wird auch Bündnissolidarität als durch Militäreinsatz zu realisierende Forderung zurückgewiesen. Während Schröder im Vorfeld des Afghanistaneinsatzes die Notwendigkeit, Bündnissolidarität zu demonstrieren, betonte, weicht die Artikulation vor dem Irak-Krieg davon stark ab. So argumentierte Schröder 2001 noch, Bündnissolidarität dürfe „keine Einbahnstraße sein“, und betonte explizit, die Frage der Leistung von Solidarität dürfe nicht davon abhängig gemacht werden, ob sie in Bezug auf die Lösung des jeweiligen Politikproblems zielführend sei: „Aber was wäre das für eine Solidarität, die wir vom Erfolg einer Maßnahme abhängig machten?“ (Schröder 2001b). Im Gegensatz dazu wurde Bündnissolidarität im Vorfeld des Irak-Kriegs als Begründung für eine deutsche Beteiligung verworfen. Da Deutschland sich schon in Afghanistan solidarisch zeige, sei es durchaus angemessen zu „differenzieren“:

„Solidarität, wie wir sie geleistet haben und nach wie vor leisten, schafft aber auch das Recht, ja die Pflicht, zu differenzieren. [...] Dass angesichts der fortbestehenden Gefahr durch den internationalen Terrorismus, etwa der al-Qaida, alle Maßnahmen und Entscheidungen auch daraufhin überprüft werden müssen, ob sie dem Kampf gegen diesen Terrorismus nützen oder schaden“ (Schröder 2003).

Zwar betont Schröder hier nach wie vor die Bedeutung von Bündnissolidarität (also der Normen des Multilateralismus und der Westbindung), aber sie wird nicht (mehr) als ausreichender Grund artikuliert, um unhinterfragt

sämtliche Entscheidungen der USA mitzutragen. Hier können wir also deutlich sehen, wie „dieselben“ Normen (Antimilitarismus, Respekt gegenüber dem Völkerrecht, Multilateralismus) im Irak-Fall sehr abweichend vom Afghanistan-Fall artikuliert werden. Im einen Fall ist ein Militäreinsatz kompatibel mit Antimilitarismus, Völkerrecht und Multilateralismus/Westbindung, im anderen wird er als im Widerspruch mit ihnen artikuliert.

Diese Differenzen zwischen den Artikulationen zeigen sich auch in der Akteurskonstellation. So bleiben im deutschen Irak-Diskurs al-Qaida und die Taliban als der zentrale Gegner bestehen. Während im US-amerikanischen Diskurs eine Äquivalenzkette konstruiert wird zwischen al-Qaida, den Taliban und dem Regime Saddam Husseins im Irak (vgl. Nabers 2009), beruht Schröders Argumentation weitgehend auf der Artikulation von Differenz. Zwar betont er die grundsätzliche Einigkeit mit den USA dahingehend, dass Saddam Hussein ein Gewaltherrscher sei, in dessen Händen Massenvernichtungswaffen schlecht aufgehoben seien. So formulierte Schröder im Februar 2003, etwa einen Monat vor Beginn des Irak-Kriegs: „Der Irak wird ohne Zweifel von einem Diktator beherrscht, den jeder von uns lieber heute als morgen loswürde, gar keine Frage“ (Schröder 2003). Saddam wird also definitiv nicht als Verbündeter, als Element der eigenen Äquivalenzkette artikuliert. Gleichzeitig wird er aber nicht in die Kette von al-Qaida und Taliban eingebunden. Nicht auffindbar im deutschen Regierungsdiskurs sind Artikulationen, die Saddam Hussein als Unterstützer al-Qaidas artikulieren oder nahelegen, es wäre realistisch zu erwarten, dass er Terrornetzwerke mit Massenvernichtungswaffen ausstattet.

Im Gegensatz zur US-amerikanischen Artikulation der irakischen Massenvernichtungswaffen als integrales Problem des „Kriegs gegen den Terror“ wird hier im Sinne der Logik der Differenz zwischen zwei separaten Problemen unterschieden. Als Resultat dessen erscheint ein Einsatz gegen den Irak nicht als Bestandteil der Bekämpfung des Terrorismus, sondern bestenfalls als Ablenkung vom Hauptkriegsschauplatz des Kampfes gegen den Terrorismus und schlimmstenfalls als kontraproduktiv, weil terrorismusfördernd. Da ein Krieg gegen den Irak eben nicht als Bestandteil des Kampfes gegen den Terrorismus artikuliert wird, ergibt sich somit auch keine Notwendigkeit zur Teilnahme aus Gründen der Bündnissolidarität – zumal Deutschland unter anderem in Afghanistan weiterhin Bündnissolidarität leistet.

5. Schluss

Wie sich in der empirischen Analyse zeigen lässt, wurden der Krieg gegen Afghanistan 2001 und der Krieg gegen den Irak 2003 im deutschen Regierungsdiskurs sehr unterschiedlich artikuliert. Während im Falle Afghanistans diverse Forderungen als äquivalent artikuliert wurden und als mit einer militärischen Intervention realisierbar, wird ein Krieg gegen den Irak als Ablenkung vom Kampf gegen den Terrorismus konstruiert, der letzteren untergräbt. Zugleich übernehmen wesentliche Normen wie der Antimilitarismus in beiden Fällen nicht nur eine unterschiedliche Funktion; die Normen selbst werden unterschiedlich artikuliert. Ein Fokus auf spezifische Artikulationen zeigt uns zudem, dass die Auseinandersetzung im Vorfeld der deutschen Beteiligung am Afghanistan-Krieg schon wesentlich differenzierter war, als nur die Tatsache der Zustimmung glauben lässt – mit Folgen für als adäquat betrachtete politische Handlungsoptionen und zukünftige Artikulationen.

Wie der empirische Fall belegt, kann die Forschung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik von einer stärkeren Hinwendung zur Diskursforschung erheblich profitieren. Dies ist in mehrerlei Hinsicht so. Erstens betont ein diskurstheoretischer Zugang die Wichtigkeit von Bedeutungskonstruktion und lenkt somit den Blick auf Annahmen, die insbesondere in rationalistischen Studien und *policy*-orientierten Analysen unhinterfragt bleiben. Zweitens bietet er im Vergleich mit konstruktivistischen Analysen, die auch auf die Konstruktion von Bedeutung abheben, ein besser geeignetes theoretisches Rüstzeug insbesondere für die Analyse von Entwicklungen, die nicht linear, sondern widersprüchlich oder umkämpft sind. Im Gegensatz nämlich zu einem konstruktivistischen Ansatz, der politischen Maßnahmen vermeintlich klare und unumstrittene Bedeutungen zuschreibt und diese dann mit ideellen Faktoren abgleicht, lenkt ein diskursanalytischer Ansatz das Augenmerk auf die Unabgeschlossenheit und Umstrittenheit sozialer Strukturen sowie auf kontextabhängige, kontingente und spezifische Artikulationen von vermeintlich klar definierbaren ideellen Faktoren. Am Beispiel Afghanistans und Iraks können wir sehen, wie die *vermeintlich gleichen* Normen deutscher Außenpolitik sehr unterschiedlich eingebunden und somit letztlich als *unterschiedliche* Normen diskursiv wirksam wurden, d.h. zur Legitimierung zweier sich widersprechender Entscheidungen beitrugen.

Literatur

- Angermüller, Johannes* 2007: Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich, Bielefeld.
- Ashley, Richard K./Walker, R. B. J.* 1990: Introduction: Speaking the Language of Exile: Dissident Thought in International Studies, in: *International Studies Quarterly* 34: 3, 259-268.
- Auer, Peter* 1992: Introduction: John Gumperz' Approach to Contextualization, in: Auer, Peter/di Luzio, Aldo (Hrsg.): *The Contextualization of Language*, Amsterdam, 1-37.
- Bach, Jonathan P. G.* 1999: Between Sovereignty and Integration: German Foreign Policy and National Identity After 1989, New York, NY.
- Banchoff, Thomas* 1999: German Identity and European Integration, in: *European Journal of International Relations* 5: 3, 259-289.
- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark* 2006: The Postcolonial Moment in Security Studies, in: *Review of International Studies* 32: 2, 329-352.
- Baumann, Rainer* 2001: German Security Policy Within NATO, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *German Foreign Policy Since Unification: Theories and Case Studies*, Manchester & New York, NY, 141-184.
- Baumann, Rainer* 2006: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden.
- Baumann, Rainer* 2011: Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Opfermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik*, Wiesbaden, 468-487.
- Baumann, Rainer/Hellmann, Gunther* 2001: Germany and the Use of Military Force: "Total War", the "Culture of Restraint" and the Quest for Normality, in: *German Politics* 10: 1, 61-82.
- Berger, Thomas U.* 1998: *Cultures of Antimilitarism: National Security in Germany and Japan*, Baltimore, MD.
- Berger, Thomas U.* 2002: A Perfectly Normal Abnormality, in: *Japanese Journal of Political Science* 3: 2, 173-193.
- Bevir, Mark/Rhodes, R. A. W.* 2003: *Interpreting British Governance*, London.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang* 2001: Constructivist Foreign Policy Theory, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies*, Manchester and New York, NY, 105-137.
- Bull, Hedley* 1966: International Theory: The Case for a Classical Approach, in: *World Politics* 18: 3, 361-377.
- Busse, Dietrich* 2007: Diskurslinguistik als Kontextualisierung. Methodische Kriterien. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zur Analyse gesellschaftlichen Wissen, in: Warnke, Ingo (Hrsg.): *Diskurslinguistik nach Foucault. Impulse, Gegenstände*, New York, NY, 81-105.
- Daase, Christopher/Junk, Julian* 2012: Strategische Kultur und Sicherheitsstrategien in Deutschland, in: *S+F – Sicherheit und Frieden* 30: 3, 152-157.

- Dalby, Simon* 1994: Gender and Critical Geopolitics: Reading Security Discourse in the New World Disorder, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 12: 5, 595-612.
- Dalgaard-Nielsen, Anja* 2003: Gulf War: The German Resistance, in: *Survival* 45: 1, 99-116.
- De Saussure, Ferdinand* 1916 [1967]: *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*, Berlin.
- Der Derian, James/Shapiro, Michael J.* (Hrsg.) 1989: *International/Intertextual Relations: Postmodern Readings of World Politics*, Lexington, MA.
- Derrida, Jacques* 1988: Signatur Ereignis Kontext, in: *Ders.: Randgänge der Philosophie*, Wien, 291-314.
- Doty, Roxanne Lynn* 1993: Foreign Policy as Social Construction: A Post-Positivist Analysis of U.S. Counterinsurgency Policy in the Philippines, in: *International Studies Quarterly* 37: 3, 297-320.
- Doty, Roxanne Lynn* 1996: *Imperial Encounters: The Politics of Representation in North-South Relations*, Minneapolis, MN.
- Duffield, John S.* 1998: *World Power Forsaken: Political Culture, International Institutions, and German Security Policy After Unification*, Stanford, CA.
- Duffield, John S.* 1999: Political Culture and State Behavior: Why Germany Confounds Neorealism, in: *International Organization* 53: 4, 765-803.
- Dunn, Kevin C.* 2003: *Imagining the Congo: The International Relations of Identity*, Basingstoke.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52: 4, 887-917.
- Fischer, Joschka* 2001a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, PlPr. 14/198, 8.11.2001.
- Fischer, Joschka* 2001b: Rede vor dem Deutschen Bundestag, PlPr. 14/192, 11.10.2001.
- Foucault, Michel* 1969 [1997]: *Archäologie des Wissens*, Frankfurt a.M.
- Glynos, Jason/Howarth, David* 2008: Structure, Agency and Power in Political Analysis: Beyond Contextualised Self-Interpretations, in: *Political Studies Review* 6: 2, 155-169.
- Göler, Daniel* 2010: Die strategische Kultur der Bundesrepublik – Eine Bestandsaufnahme normativer Vorstellungen über den Einsatz militärischer Mittel, in: *Dörfler-Dierken, Angelika/Portugall, Gerd* (Hrsg.): *Friedensethik und Sicherheitspolitik*, Wiesbaden, 185-199.
- Hanrieder, Tine* 2011: The False Promise of the Better Argument, in: *International Theory* 3: 3, 390-415.
- Hansen, Lene* 2006: *Security as Practice: Discourse Analysis and the Bosnian War*, London.
- Harnisch, Sebastian* 2003: Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: *Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael* (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 313-360.

- Hellmann, Gunther* 1999: Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt: Zum außenpolitischen Diskurs in Deutschland, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive, Baden-Baden, 97-126.
- Hellmann, Gunther* 2009: Fatal Attraction? German Foreign Policy and IR/Foreign Policy Theory, in: *Journal of International Relations and Development* 12: 3, 257–292.
- Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja* 2007: „Selbstbewusst“ und „stolz“. Das außenpolitische Vokabular der Berliner Republik als Fahrte einer Neuorientierung, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48: 4, 650-679.
- Herschinger, Eva* 2011: *Constructing Global Enemies: Hegemony and Identity in International Discourses on Terrorism and Drug Prohibition*, London u.a.
- Hurd, Ian* 2010: Constructivism, in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hrsg.): *The Oxford Handbook of International Relations*, Oxford, 298-316.
- Katzenstein, Peter J.* 2003: Same War – Different Views: Germany, Japan and Counterterrorism, in: *International Organization* 57: 4, 731-760.
- Kirste, Knut/Maull, Hanns W.* 1996: Zivilmacht und Rollentheorie, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3: 2, 283-312.
- Korte, Karl-Rudolf* 2007: Bundeskanzleramt, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard/Schmidt, Siegmund (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden, 201-209.
- Krebs, Ronald R./Jackson, Patrick Thaddeus* 2007: Twisting Tongues and Twisting Arms: The Power of Political Rhetoric, in: *European Journal of International Relations* 13: 1, 35-66.
- Lacan, Jacques* 1991 [1966]: Das Drängen des Buchstabens im Unbewußten oder die Vernunft seit Freud, in: Lacan, Jacques (Hrsg.): *Schriften II*, Weinheim and Berlin, 15-59.
- Laclau, Ernesto* 1990: *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London.
- Laclau, Ernesto* 1996: *Emancipation(s)*, London.
- Laclau, Ernesto* 2005: *On Populist Reason*, New York, NY.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal* 1985: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*, London and New York, NY.
- Landwehr, Achim* 2010: Diskurs und Wandel, in: Landwehr, Achim (Hrsg.): *Diskursiver Wandel*, Wiesbaden, 11-28.
- Lantis, Jeffrey* 2002: The Moral Imperative of Force: The Evolution of German Strategic Culture in Kosovo, in: *Comparative Strategy* 21: 21-46, 1.
- Maull, Hanns W.* 1990: Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: *Foreign Affairs* 69: 5, 91-106.
- Maull, Hanns W.* 2001: Germany's Foreign Policy, Post-Kosovo: Still a Civilian Power?, in: Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (Hrsg.): *Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester and New York, NY, 106-127.
- Maull, Hanns W.* 2004: "Normalisierung" oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: B* 11/2004, 17-23.

- Maull, Hanns W.* 2006: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949 Wiesbaden, 421-445.
- Maull, Hanns W.* 2007: Deutschland als Zivilmacht, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard/Schmidt, Siegmund (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, 73-84.
- Maull, Hanns W.* 2011: Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21: 1, 93.117.
- Maull, Hanns W.* 2012: Abkehr von vertrauten Pfaden. Wird die deutsche Außenpolitik „normal“?, in: Meier-Walser, Reinhard/Wolf, Alexander (Hrsg.): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anspruch, Realität, Perspektiven, München, 133-148.
- Meiers, Franz-Josef* 2007: The German Predicament: The Red Lines of the Security and Defence Policy of the Berlin Republic, in: International Politics 44: 5, 623-644.
- Milliken, Jennifer* 1999: The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5: 2, 225-254.
- Milner, Helen V.* 1997: Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations, Princeton, NJ.
- Nabers, Dirk* 2005: Allianz gegen den Terror. Deutschland, Japan und die USA Wiesbaden.
- Nonhoff, Martin* 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“, Bielefeld.
- Nonhoff, Martin* 2007: Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 173-194.
- Nonhoff, Martin* 2008: Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse 2: Forschungspraxis, Wiesbaden, 299-331.
- Nonhoff, Martin* 2011: Konstruktivistisch-pragmatische Methodik. Ein Plädoyer für die Diskursanalyse, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 18: 2, 91-107.
- Nonhoff, Martin* (2012): Ökonomische Hegemonie in Europa: Zur legitimatorischen Funktion der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ in den Reden Angela Merkels, in: Geis, Anna/Nullmeier, Frank/Daase, Christopher (Hrsg.): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen (Leviathan-Sonderband 27), Baden-Baden, 262-282.
- Nonhoff, Martin/Gronau, Jennifer* 2012: Die Freiheit des Subjekts im Diskurs, in: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Diskurs – Macht – Subjekt, Wiesbaden, 109-130.
- Ó Tuathail, Gearóid* 1996: Critical Geopolitics: The Politics of Writing Global Space, Minneapolis, MN.

- Onuf, Nicholas* 1998: Constructivism: A User's Manual, in: Kubálková, Vendulka/Onuf, Nicholas/Kowert, Paul (Hrsg.): *International Relations in a Constructed World*, London and Armonk, NY, 58-78.
- Peterson, V. Spike* 1992: Transgressing Boundaries: Theories of Knowledge, Gender and International Relations, in: *Millennium – Journal of International Studies* 21: 2, 183-206.
- Renner, Judith* 2013: *Discourse, Normative Change and the Quest for Reconciliation in Global Politics*, Manchester.
- Risse, Thomas* 2003: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden, 99-132.
- Risse, Thomas* 2007: Deutsche Identität und Außenpolitik, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard/Schmidt, Siegmund (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden, 49-61.
- Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia* 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 1, 139-169.
- Scharping, Rudolf* 2001: Rede vor dem Deutschen Bundestag, PIPr. 14/192, 11.10.2001.
- Schimmelfennig, Frank* 1994: Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 2, 335-355.
- Schröder, Gerhard* 2001a: Erklärung der Bundesregierung zu den Anschlägen in den USA, PIPr. 14/186, 12.9.2001.
- Schröder, Gerhard* 2001b: Erklärung des Bundeskanzlers: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, PIPr. 14/198, 8.11.2001.
- Schröder, Gerhard* 2001c: Rede vor dem Deutschen Bundestag, PIPr. 14/202, 16.11.2001.
- Schröder, Gerhard* 2001d: Regierungserklärung durch den Bundeskanzler: Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der NATO, PIPr. 14/187, 19.9.2001.
- Schröder, Gerhard* 2002a: Rede vor dem Deutschen Bundestag, PIPr. 14/253, 13.9.2002.
- Schröder, Gerhard* 2002b: Rede zum Wahlkampfauftakt in Hannover (Opernplatz), 05.08.2002.
- Schröder, Gerhard* 2003: Erklärung durch den Bundeskanzler zur aktuellen internationalen Lage, PIPr. 15/025, 13.2.2003.
- Schwab-Trapp, Michael* 2002: *Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*, Opladen.
- Schwab-Trapp, Michael* 2007: *Kampf dem Terror. Vom Anschlag auf das World Trade Center bis zum Beginn des Irakkrieges. Eine empirische Studie über die politische Kultur Deutschlands im zweiten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung*, Köln.

- Stengel, Frank A. in Vorbereitung: Discursive Change and Foreign Policy: A Discourse Analysis of Germany's Changing Stance on the International Use of Force, Dissertation, Universität Bremen.
- Tickner, J. Ann 1988: Hans Morgenthau's Principles of Political Realism: A Feminist Reformulation, in: Millennium: Journal of International Studies 17: 3, 429-440.
- Torfinn, Jacob 1999: New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe and Žižek, Oxford.
- Wæver, Ole 1990: The Language of Foreign Policy, in: Journal of Peace Research 27: 3, 335-343.
- Wittgenstein, Ludwig 1953 [2003]: Philosophische Untersuchungen, Frankfurt a.M.
- Wullweber, Joscha 2010: Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie, Baden-Baden.
- Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5: 1, 109-137.
- Zehfuss, Maja 2002: Constructivism in International Relations: The Politics of Reality, Cambridge.
- Zehfuss, Maja 2012: Killing Civilians: Thinking the Practice of War, in: The British Journal of Politics & International Relations 14: 3, 423-440.
- Ziem, Alexander 2010: Welche Rolle spielt der Kontext beim Sprachverstehen? Zum Stand der psycholinguistischen und kognitionswissenschaftlichen Forschung, in: Klotz, Peter/Portmann, Paul R./Weidacher, Georg (Hrsg.): Kontexte und Texte. Soziokulturelle Konstellationen literalen Handelns, Tübingen, 59-83.